



## Regierungsratsbeschluss vom 19. Dezember 2023

Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen; schriftliche Beantwortung

---

**P235608**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Der Regierungsrat duldet Diskriminierung unter keinen Umständen, weder an den Schulen, der Universität, den durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen oder ganz allgemein. Dies gilt auch für jegliche Fälle von Antisemitismus. Jüdische Personen müssen im Kanton Basel-Stadt ohne Angst vor Diskriminierung oder Übergriffen leben können. Der Regierungsrat verurteilt zudem den schrecklichen Terroranschlag vom 7. Oktober in aller Schärfe. Zugleich nimmt der Regierungsrat gegenüber den vom Interpellanten erwähnten Institutionen unterschiedliche Rollen ein. In der Folge sind auch seine Möglichkeiten zur Einflussnahme unterschiedlich.

